

28. Mai 2015

Bürgerschafts-Referendum: Referendum nur für Olympia oder neues generelles Instrument ?

Jörn Kruse

Diskutierbar ist: Soll es ein Referendum nur für Olympia sein oder ein neues generelles Instrument ? Ich habe mich für das generelle Instrument (Bürgerschafts-Referendum) entschieden, weil es ein Stück mehr Demokratie-Möglichkeiten schafft und habe so auch bei der ersten Lesung abgestimmt. Das gilt für alle Mitglieder der AfD-Fraktion, was deshalb bemerkenswert ist, weil wir keinen Fraktionszwang haben und jeder/jede eigenständig abstimmen kann.

Wir - das heisst die Mitglieder aller vertretenen Fraktionen - Regierung und Opposition - haben im Verfassungs-Ausschuss in zwei langen Sitzungen vor allem zwei Fragen behandelt, nämlich (1) wie hoch soll die erforderliche Mehrheit zur Initiierung eines Referendums sein, und (2) wie können wir erreichen, dass die Volksgesetzgebung (Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid) nicht eingeschränkt, sondern gestärkt wird.

zu (1) Die beschlossene Zwei-Drittel-Mehrheit verhindert, dass das Instrument häufig zur Anwendung kommen kann. Und es ist gleichgültig, ob eine 35%-Minderheit aus inhaltlichen oder prozeduralen Gründen dagegen ist.

zu (2) Alle Fraktionsvertreter (also die Regierungs-Fraktionen SPD und Grüne, die zustimmenden Oppositionsfraktionen CDU und AfD und ebenso die nicht-zustimmenden Fraktionen von FDP und Linken) haben mit ihren kritischen und beharrlichen Nachfragen dafür gesorgt, dass andere Vorschläge oder Initiativen aus der Bevölkerung oder von Interessengruppen zum gleichen Thema nicht ausgebremst oder demotiviert werden können oder etwa das Volk von einem "plötzlichen Referendum" überrascht werden kann.

Die 6 Monate Mindest-Ankündigungsfrist sollten ausreichen, dass jeder in Hamburg (einzelne Bürger oder Gruppen) sich eine Meinung bilden und ggfls einen Widerstand organisieren können. Sogar die Ferientermine wurden berücksichtigt, um beim Sammeln von Unterschriften für einzelnen Initiativen keine Nachteile entstehen zu lassen.

Ich bin der Auffassung, dass das Bürgerschafts-Referendum in der vorliegenden Form eine ideale Rahmensetzung für oppositionelle Gruppen ist, ihren Widerstand argumentativ und effektiv (also mit Wirkung auf die politische Realität in Hamburg) zur Geltung zu bringen. Sie müssen einfach nur genügend Bürger überzeugend, mit NEIN zu stimmen. Und dafür haben sie natürlich eine breite öffentliche Aufmerksamkeit, die vom Referendum, von der

Bürgerschaft und allen Medien erzeugt wird, während sie sonst mühsam und in Konkurrenz zu Zeugen Jehovas und Ärzte ohne Grenzen in Fußgängerzonen Unterschriften sammeln müssen und sich den Verdacht ausgesetzt sehen, in Wahrheit einen Kühlschrank verkaufen zu wollen.

Eine Gruppe ist damit allerdings nicht so happy, nämlich die Funktionäre von Bürger-Initiativen, die sich gerne als "Demokraten erster Klasse" feiern lassen, während die Abgeordneten nur piepnormale Politiker sind, denen man besser misstrauen sollte, weil die Parlamentarier das Volk hinters Licht führen wollen. Und damit sind wir beim Verein MEHR DEMOKRATIE. Ich bin dem Verein MEHR DEMOKRATIE schließlich im Jahre 2011 beigetreten, weil ich nach jahrzehntelanger Befassung die Allmacht der Parteien für ein Problem für die Demokratie gehalten habe. Das tue ich weiterhin.

Und ich bin im März 2014 in die AfD aus zwei Gründen eingetreten, erstens wegen der absurden Euro-Rettungsschirme und der Demokratie-Defizite auf europäischer Ebene und zweitens wegen der Forderung nach Direkter Demokratie auf Bundesebene, die bei der AfD ein Programmpunkt der ersten Stunde war. In puncto Direkter Demokratie war ich schon katholisch, bevor es MEHR DEMOKRATIE gab. Warum erwähne ich das hier? Weil die Fehlinformationen von MEHR DEMOKRATIE dazu geführt haben, dass viele Bürger verunsichert worden sind und jetzt glauben, die AfD sei plötzlich gegen Volksabstimmungen, was natürlich kompletter Unsinn ist. Ich habe das in zahlreichen Mails richtigstellen müssen. Und ich bin deshalb immer noch grimmig auf Herrn Brand, dessen Organisation ich weiterhin angehören werde. Aber Herr Brand, ich möchte Sie bitten, Ihr Ego etwas zu zügeln. Glaubwürdigkeit ist nämlich ein kostbares Gut, das man schnell verspielen kann.

Ich bin natürlich für Volksabstimmungen. Aber man muss das Instrument nicht statt der repräsentativen Demokratie, sondern als deren Ergänzung betrachten und man muss es mit Augenmaß einsetzen. Direkte Demokratie ist weder generell effizienter als repräsentative Demokratie noch demokratischer. Um es politik-theoretisch zu formulieren: Sie hat per se weder eine höhere Input-Legitimation, noch eine höhere Output-Legitimation als die parlamentarische Demokratie. Es kommt auf die konkrete Problematik an. Nicht jedes Thema ist für Volksabstimmungen geeignet (z.B. weil es zu komplex ist und/oder weil es zu hohe Anforderungen an die Fachkompetenz stellt). Das Instrument der Volksabstimmungen kann man zum Beispiel vollständig gegen die Wand fahren, wenn man allzu häufig Volksabstimmungen macht. Dann blickt kein Normalbürger mehr durch, die Wahlbeteiligung wird gering (und die Volksabstimmung ist damit nicht mehr repräsentativ) und viele Bürger wählen aus Unkenntnis, was sie eigentlich gar nicht wollen oder was ihnen Lobbyisten oder Wichtigtuer ins Ohr geflüstert haben.

Häufig ist nicht drin, was draufsteht. Die Organisation CAMPAC ist ein solches Beispiel für aufgeblasene, überhebliche Desinformation der Bürger mit fatalen Folgen. Damit kommen wir zum Kernpunkt: Volksabstimmungen sind immer nur so gut wie die Informationen der Bürger, und zwar nicht nur weniger, sondern vieler Bürger.

Mein Lehrstück in Hamburg war die Volksabstimmung über den NetZRückkauf in Hamburg. So sehr ich als Demokrat die Entscheidung formal respektieren muss, so sehr weiß ich als Ökonom, dass es inhaltlich eine katastrophale Fehlentscheidung war.

Die meisten, die damals in Diskussionen mit mir (zufällig parallel mit der Bundestagswahl 2013) für den Rückkauf der Netze waren, dachten, dass die Preise bei einem staatlichen Unternehmen niedriger sein würden als bei einem "profitgierigen kapitalistischen Konzern". Kaum jemand wusste, dass die Monopolpreise der Netznutzung in Deutschland von der Bundesnetzagentur in Bonn im Wege einer Price-Cap-Regulierung festgelegt (bzw. begrenzt) werden. Und die können das viel besser als Politiker.